

Nachricht

der Bürgerfraktion

Ausgabe 4/Juni 2006

Unser Thema: Sportstättenförderung

Nicht immer ist es schlecht, etwas auf die lange Bank zu schieben

Wir kennen es alle – sei es die Operette, die Waldschlösschenbrücke oder das Stadion – manche Dinge werden im Stadtrat scheinbar ewig diskutiert. Da gibt es Anträge und Gegenanträge, Verwaltungsvorlagen und Ergänzungen dazu, Vertagungen und ellenlange Debatten.

Was den meisten von uns Stadträten, und vor allem den Bürgern, schrecklich die Nerven strapaziert, hat aber nicht nur schlechte Seiten. In der Stadtratssitzung am 18. Mai wurde ein Antrag des Jugendhilfeausschusses vertagt und in die zuständigen Ausschüsse zurückverwiesen.

In diesem Antrag ging es um die Fortführung der Praxis, das Einrichtungen der Freien Jugendhilfe Turnhallen und Außenanlagen, Bäder und Sportplätze zu vergünstigten Konditionen nutzen können. Dies war durch die Verabschiedung der Richtlinie zur Förderung des Sports (Sportförderrichtlinie) in der Stadtratssitzung am 24. November 2005 seitdem nicht mehr möglich. In den Genuss ermäßigter Eintrittspreise und Nutzungsentgelte kamen nur noch gemeinnützige Sportvereine.

Seitdem haben immer mehr Freie Träger der Jugendhilfe deutlich gemacht, dass sie sich die neuen

Gebühren nicht mehr leisten können und damit viele Angebote streichen müssen.

Im Jugendhilfe- und im Sportausschuss wurde also getrennt über eine mögliche Korrektur dieses Zu-



standes beraten. Leider wurde die Diskussion in beiden Ausschüssen sehr einseitig geführt, was die Gefahr barg, dass hier Jugend- und Sportvereine gegeneinander ausgespielt werden und die eigentlichen Adressaten, die Jugendlichen, dabei auf der Strecke bleiben. Denn Fakt ist: Jedes Zugeständnis an die Freien Träger der Jugendhilfe geht in der derzeitigen

Konstellation finanziell zulasten des Sportamtes, beide – Jugend und Sport – haben einen wichtigen Auftrag bei der Erziehung junger Menschen und als Möglichkeit der sinnvollen Freizeitgestaltung. Der Unterschied besteht zwischen beiden darin, dass es sich bei Aufgaben der Jugendhilfe weitestgehend um Pflichtaufgaben der Kommune handelt und beim Sport sind es freiwillige Leistungen.

Um eine Eskalation des Streits zu vermeiden und die Fronten nicht noch weiter zu verhärten, habe ich deshalb dem Stadtrat vorgeschlagen, diesen Antrag zurückzuverweisen, mit dem Ziel, dass sich der Jugendhilfeausschuss, der Sportausschuss und der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften in einer gemeinsamen Beratung auf Kompromisse einigen können, die jeder Seite ein wenig gerecht werden.

Um es mit Worten des grassierenden Fußballfiebers zu sagen: Ich hoffe, damit einen übereilten Schnellschuss verhindert zu haben, der entweder weit übers Ziel hinausgeschossen oder als Bogenlampe ins Leere gegangen wäre. Und auf der langen Bank haben alle Beteiligten noch einmal die Möglichkeit, sich als Team zusammenzurufen – Für Dresden und seine Menschen!

Stadträtin Anita Köhler

Pro und kontra Sportstätten-Förderrichtlinie

Einleitung

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 24. November 2005 die Richtlinie zur Förderung des Sports (Sportförderrichtlinie) beschlossen. Damit entfiel die bis dahin mögliche vergünstigte Nutzung von Turnhallen, Außenanlagen, Bädern und Schwimmhallen für die freien Träger der Jugendhilfe. Die beschlossenen Selbstkostenbeteiligungen für die Nutzung dieser Anlagen staffeln sich in vier Kategorien: Tarifgruppe 1 trägt sechs Prozent der jeweils üblichen Gebühren und Preise bis Tarifgruppe 4, die die vollen Gebühren zu entrichten hat. Die Zuordnung zu den Tarifgruppen ist abhängig davon, ob die Vereine gemeinnützige Dresdner Sportvereine sind und wie hoch der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter ihren Mitgliedern ist. Als Beispiel: In den Genuss der maximalen Förderung in Tarifgruppe 1 kommen nur gemeinnützige Dresdner Sportvereine, die Mitglied des Landes- oder Kreissportbundes sind und einen Kinder- und Jugendanteil von mindestens 20 Prozent aufweisen.

Die Träger der freien Jugendhilfe fallen ausnahmslos in Tarifgruppe 4.

An diesem Punkt entzündet sich eine Diskussion, die auch in unserer Fraktion zu kontroversen Debatten geführt hat. Exemplarisch für viele Argumente, die inzwischen ausgetauscht wurden, verdeutlichen die Stadträte Anita Köhler und Jan Kaboth hier noch einmal ihre jeweiligen Ansichten:

Die Frage ist: Sollen die freien Träger der Jugendhilfe zukünftig wieder in den Genuss von Subventionen für die Nutzung von Sportanlagen und Bädern kommen?

Stadträtin Anita Köhler
(Wählervereinigung Volkssolidarität):

Kinder und Jugendliche sind das wertvollste Gut, das eine Gesellschaft hat und sie verdienen besondere Beachtung und auch Förderung. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sagt dazu: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Weiter sagt das Gesetz, dass junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung gefördert werden sollen und ein Beitrag dazu geleistet werden muss, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Die Jugendhilfe umfasst Leistungen und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien. Zu den Leistungen der Jugendhilfe gehören unter anderem Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Diese Angebote beinhalten aus gutem Grund auch Angebote auf sportlichem Gebiet. Ziel dieser Sportangebote ist es, die Kinder und Jugendlichen an mehr Bewegung heranzuführen, über Mannschaftssportarten Teamgeist und Konfliktbewältigungsstrategien zu trainieren.

Die freien Träger der Jugendhilfe dürfen nach den Förderbestimmungen der Stadt Dresden aus den zur Verfügung stehenden Fördermitteln maximal 7,50 Euro pro Stunde als Nutzungsentgelt für Räume verwenden. Die fällig werdenden Selbstkostenbeteiligungen nach Tarifgruppe 4 übersteigen diesen Maximalbetrag aber um mindestens das Doppelte. Das bedeutet, dass die Vereine entweder die Kosten selbst tragen müssten oder aber die Kinder und Jugendlichen zur Kasse gebeten werden. In dieser Höhe ist eine Eigenbeteiligung der jugendlichen Zielgruppe jedoch nicht mehr möglich. Die Konsequenz daraus ist, dass gerade die Projekte, die den potentiell größten sozialen Nutzen

haben, eingestellt werden müssten. Auch sollte man bedenken, dass freie Träger der Jugendhilfe nicht die Möglichkeit haben, Mitglied im Kreissportbund zu werden. Die Möglichkeit, auf diesem Wege einen geringeren Selbstkostenanteil zu erreichen, ist ihnen also verwehrt.

Um eines deutlich zu sagen: Ich will nicht – wie es teilweise aus anderen Fraktionen gefordert wird – dass die freien Träger der Jugendhilfe alle Sportanlagen und Bäder zu Sonderkonditionen bekommen. Mir ist es aber wichtig, dass die Jugendhilfe auch weiterhin sportliche Angebote an die Kinder und Jugendlichen herantragen kann, die aus finanziellen oder sozialen Gründen nicht Mitglied in einem Sportverein werden können oder wollen. Zu sagen, dass Sportvereine die sozialpädagogischen Zielstellungen von Teamfähigkeit, Kompromissbereitschaft und Fairness genau so gut umsetzen können, verkennt die gesellschaftliche Realität. Wir haben es hier mit völlig verschiedenen Zielgruppen zu tun. Die Jugendlichen, für die ich mir eine Weiterführung der bisherigen Förderung wünsche, gehen nicht in Sportvereine. Zum einen sind viele finanziell dazu gar nicht in der Lage, zum anderen ist ihre Lebenswirklichkeit vielfach eine völlig andere. Diese Jugendlichen unterwerfen sich nicht einfach den Regeln und Zwängen eines Sportvereins – sie müssen erst einmal in die Lage versetzt werden, zu erkennen, dass das Einhalten von Regeln nicht nur zu ihrem Nachteil ist. Dies geht nach meiner festen Überzeugung – wenn überhaupt – dann nur im Rahmen begleiteter Angebote von Jugendhäusern und ähnlichen Einrichtungen.

Dafür und genau dafür wünsche ich mir, dass die Jugendhilfevereine auch weiterhin ein freiwilliges, unverbindliches – also niedrigschwelliges – Angebot auch im sportlichen Bereich für die Kinder und Jugendlichen bereithalten können, die davon auch am meisten profitieren würden.



Pro und kontra Sportstätten-Förderrichtlinie



Stadtrat Jan Kaboth:

Eine Subventionierung zulasten des Sports lehne ich ab. Die sicherlich notwendige Förderung darf nicht auf Kosten des Etats des Sportstätten- und Bäderbetriebes gehen.

Jeder von uns möchte gern alle Vereine unterstützen, die für Kinder und Jugendliche sportliche oder auch kulturelle Angebote machen, aber wer bezahlt dies Alles?

Wenn wir von einem Stundensatz in Höhe von 7,50 Euro ausgehen und dann bei zehn Teilnehmern nach dem Sport jeder duscht, sind diese 75 Cent meiner Meinung nach nicht zuviel. Ganz zu schweigen von Heizungs-, Strom- und Wartungskosten.

Als Vorsitzender eines gemeinnützigen Vereins würde ich selbst davon profitieren. Jeder Verein könnte dann mit einer x-beliebigen Veranstaltung zum bestmöglichen Tarif in die Sporthallen. Auf Kosten des Dresdner Sports.

Wir dürfen jetzt die Anbieter von Kinder- und Jugendangeboten nicht gegeneinander ausspielen. Aber die Jugendhilfevereine sind nicht die einzigen, die mit ihrer Arbeit sozialpädagogische Konzepte zum gesellschaftlichen Nutzen verfolgen. Auch die Sportvereine tragen durch ihr Wirken zu einer positiven Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen bei. Der Punkt, an dem ich sage, dass die bisherige Förderung der Jugendhilfevereine im Bereich vergünstigter Nutzungsgebühren für Turnhallen und Bäder nicht ge-

rechtfertigt war, ergibt sich, wenn man einmal die Zahlen vergleicht, mit welchen Beträgen die Stadt Dresden einerseits die freie Jugendhilfe und andererseits die Sportvereine unterstützt:

Die Freien Träger der Jugendhilfe erhalten im Jahr 2006 in etwa 6,88 Millionen Euro an Zuschüssen für ihre Arbeit. Die Sportvereine bekommen 0,96 Millionen aus dem Bereich Sportförderung. Im Jahr 2005 gab die Stadt Dresden 4,6 Millionen Euro Zuschüsse für die Nutzung von Sportanlagen und Turnhallen durch Vereine.

Die Freien Träger der Jugendhilfe hatten somit nicht nur ein mehr als sechsfach höheres Budget als die Sportvereine, sie bekamen über den Umweg der Zuschüsse zur Sportanlagenutzung sogar noch zusätzliche Subventionen in erheblichem Umfang.

Eine weitere Förderung der Jugendhilfevereine hat also in meinen Augen nichts mit der so oft ins Feld geführten „Gleichbehandlung“ von Sport- und Jugendhilfevereinen zu tun, sondern ist eine Doppelsubvention der Jugendhilfe letztendlich zulasten des Sports.

Auch dem Argument, dass die Jugendhilfe über den Weg des Sportangebots die Kinder und Jugendlichen zum Beispiel Teamfähigkeit lehrt, kann ich nicht uneingeschränkt folgen. Wenn sich sportinteressierte Kinder und Jugendliche entschließen, Mitglied in einem Sportverein zu werden, dann bedeutet dies, dass sie sich auch

bestimmten Regeln zu unterwerfen haben.

Es gibt Verpflichtungen gegenüber dem Verein, auch Mitgliedsbeiträge werden gezahlt.

Wenn hingegen die Jugendhilfevereine das Gleiche anbieten, ohne dass dafür entsprechende Gegenleistungen gebracht werden müssen – und sei es nur, dass man zum Training auch anwesend ist – wenn also ein völlig unverbindliches Parallelangebot existiert, so kann ich nicht erkennen, dass damit die sogenannte soziale Kompetenz der Kinder und Jugendlichen verbessert werden kann. Vielmehr sehe ich die Gefahr, dass diese Angebote nach Lust und Laune genutzt werden – es ist ja kostenlos – und wenn es nicht mehr gefällt, geht man eben zum nächsten Jugendhaus.

Der Punkt jedoch, der mir am wichtigsten ist, liegt in der Finanzierung dieser Förderung. In allen bisherigen Diskussionen wird immer wieder darauf abgezielt, es so zu machen „wie es früher war“. Das heißt, dass der Eigenbetrieb Sportstätten und Bäder die Kosten für die Subventionierung der Eintrittsgelder für die Jugendhilfevereine zu tragen hätte. Angesichts dieser Forderung noch von Gleichbehandlung zu sprechen, grenzt schon fast an Zynismus. Diese Gelder, die dann für die Jugendhilfe ausgegeben werden, werden nämlich den Sportvereinen entzogen. Wenn es also auch zukünftig eine Förderung der Jugendhilfe zur Benutzung von Sportstätten geben soll, so muss diese auch von der Jugendhilfe getragen werden.

Als Beispiel möchte ich hier den Dresden-Pass nennen. Dort übernehmen auch nicht die Dresdner Verkehrsbetriebe die Vergünstigungen, die die Passinhaber beim Kauf einer Monatskarte erhalten, sondern die Landeshauptstadt stellt auf Beschluss des Stadtrates diese Mittel zur Verfügung.

Für mich heißt dies: Förderung gern, aber dann Erhöhung des Sportetats. Alles andere ist aus Gerechtigkeitsaspekten nicht vermittelbar.

Der „Neue“ in der Fraktion

Warum gerade Bürgerfraktion?

Ich möchte mich vorstellen: Mein Name ist Albrecht Leonhardt, ich bin 57 Jahre alt, seit 34 Jahren verheiratet, habe drei Kinder, eine Schwiegertochter und bin stolzer Opa von Sarah, meiner dreijährigen Enkelin. Ich bin von Beruf Kristallograph, habe promoviert und leite seit 1990 eine wissenschaftliche Abteilung im Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung, einem Institut der Leibniz-Gesellschaft in Dresden.

Seit 1990 bin ich ohne Unterbrechung Mitglied des Dresdner Stadtrates, war von 1990 bis 1999 Fraktionsvorsitzender der SPD, seit 1999 Mitglied dieser Fraktion. Nach 16 Jahren habe ich diese Fraktion verlassen, für viele unverständlich, überraschend, aber auch als mutige Tat von manchen bezeichnet. Letzteres ist es wahrlich nicht, eher eine Kapitulation vor einem unaufhörlichen Trend, Kommunalpolitik immer mehr zur Parteienpolitik zu machen.

Ich gehörte zu denen, die 1990 als bunte Truppe antraten. Uns vereinte der unbändige Wille, Dresden in Freiheit und Demokratie so schnell wie möglich aus seiner Lethargie zu befreien. In einer großen „Koalition“ haben wir um die Sache gekämpft, viele Jahre. Heute nach 16 Jahren ist der Stadtrat streng geteilt in Parteifraktionen, in linke und rechte/bürgerliche Flügel. Viel zu oft ist die entscheidende Triebkraft zur Meinungsbildung nicht die Sache selbst, sondern, wie kann ich mich gegenüber den anderen profilieren, in Opposition gehen. Diese Kämpfe führen alle Parteien, ob CDU, die PDS, die Grünen und eben auch die SPD immer heftiger. Für mich wurde der Konflikt zu groß, als es um die Frage des WOBA-Verkaufes ging. Anfänglich war die SPD-Fraktion auch für einen Totalverkauf mit Sozialcharta (die finanzielle Situation zwang uns dazu!), später aber durch Druck auch von außen entschied man sich für einen Teilverkauf, was weder sozialer noch finanzpolitisch klüger war. Bei der Diskussion um diese wichtige Frage wurde mir endgültig klar, ich will mein freies Mandat ausüben und mich nicht

durch andere zu einem Abstimmverhalten zwingen lassen, von dem ich denke, dass es falsch ist.

Parteifraktionen funktionieren nur, wenn sie diszipliniert wie ein Block abstimmen. Wenige Führungsleute bestimmen den Kurs. So muss es auf Landes- und Bundesebene sicherlich auch sein, denn sonst wüsste der Wähler bald nicht mehr, welche Partei er wählen sollte. Auf kommunaler Ebene werden aber keine Parteien, sondern Einzelpersonen in direkter Wahl in den Stadtrat gewählt. Deshalb habe ich konsequenterweise um Aufnahme in die Bürgerfraktion gebeten, dort haben sich Bürger unterschiedlichster Prägung zusammengeschlossen, wo nur die Meinungen dieser Mitglieder zur Diskussion stehen und wo natürlich auch ein Konsens angestrebt wird, Fraktionszwang aber ein Fremdwort ist. Und ich glaube, dadurch herrscht eine viel offenere und sachlichere Stimmung in dieser Fraktion.

Ich werde in meiner Zeit in der Bürgerfraktion parteipolitische Aktivitäten ruhen lassen. Meine politische Überzeugung ist aber, so glaube ich, eine sozialdemokratische, an ihr wird und braucht sich nichts zu ändern. Stadtrat bzw. Bürgerfraktion, das heißt für mich gemeinsam mit und nicht nur immer gegen die Verwaltung die besten Entscheidungen für Dresden treffen. Operette, Stadion, Philharmonie und Zoo, das sind alles wichtige und notwendige Investitionen für Dresden. Sie müssen aber so realisiert werden, dass eine Neuverschuldung vermieden wird. Alle Fraktionen sind



letztendlich dafür, das heißt, eine Lösung muss her und da sind alle gefordert. Parteipolitisch ist dies sekundär. Wie es nicht sein sollte, hat uns in den letzten Tagen auf das peinlichste die CDU-Fraktion gezeigt. Hier kam es beim Thema Dynamo-Stadion schließlich zu einer Blockadepolitik, weil hinter den Kulissen schwere Flügelkämpfe zwischen Teilen der Fraktion, dem Kreisverband und Landesvorstand toben, eine Politik, die für Dresden mehr als schädlich ist. Auch die anderen Fraktionen PDS, Grüne und SPD mussten im Kompromiss unbedingt ihre Handschrift lesen, dadurch kam aber nicht der optimale Beschluss heraus.

Ich glaube, mit meinem Fraktionswechsel haben auch andere Stadträte begonnen, darüber nachzudenken, ob nicht die parteiunabhängige Entscheidung im Rat oft die bessere ist. Ich werde dafür kämpfen, dass solches Denken voranschreitet. In der Bürgerfraktion habe ich dazu die besten Voraussetzungen, dafür danke ich allen Mitgliedern dieser Fraktion. Möge zukünftig eine solche Entwicklung sich verstärken, sie kann der Versachlichung der Kommunalpolitik nur dienlich sein.

Dr. Albrecht Leonhardt

Dresden-Pass

Die Idee zur Einführung eines Dresden-Passes für besonders bedürftige Bürgerinnen und Bürger wurde zum ersten Mal im Jahr 2002 im Stadtrat behandelt. In der Stadtratsitzung vom 24. Februar 2005 wurde der Leistungsumfang zur Gewährung des Dresden Pass in jetziger Form von allen Fraktionen einmütig beschlossen.

Trotz intensiver Bemühungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen wird es immer Menschen geben, die ihren Lebensunterhalt nicht ohne Unterstützung bestreiten können. Der Dresden-Pass ist eine Hilfe gegen Ausgrenzung aus dem sozialen und kulturellen Leben der Stadt.

Der Dresden-Pass gewährt Einwohnerinnen und Einwohnern der

Fortsetzung

Stadt Dresden mit geringem Einkommen Ermäßigungen, die Ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben der Landeshauptstadt ermöglichen sollen. In Dresden sind ca. 16 700 Bürgerinnen und Bürger im Besitz des Dresden-Passes. Da besonders viele Sozialhilfeberechtigte noch Kinder oder Jugendliche sind, muss die Stadt ihr Interesse auf deren Entwicklungschancen richten. Die Leistungen des Dresden-Passes sind freiwillige soziale Leistungen der Landeshauptstadt Dresden, des Landes Sachsen und der Dresdener Verkehrsbetriebe AG, die aus städtischen Mitteln, Mitteln der Dresdener Verkehrsbetriebe und Landesmitteln bestritten werden. Darüber hinaus gewähren weitere Träger und Unternehmen Vergünstigungen. Die dabei entstehenden Kosten und Einnahmeverluste tragen diese eigenständig. In diesem Jahr kam es zusätzlich zu den traditionellen Leistungen des Dresden

Passes zu weiteren positiven Veränderungen. Zum einen wurde eine Erhöhung des Zuschusses der Stadt und der DVB zu den DVB-Wertmarken auf je drei Euro, also insgesamt auf sechs Euro für den Erwerb von Dauerkarten beschlossen. Des Weiteren wurde das Angebot des Sozialamtes, Abteilung Wohnen für den kostenlosen Wohnberechtigungsschein Typ L zum Bezug von belegungsgebundenen Wohnungen der WOBA Dresden GmbH in den Leistungsumfang des Dresden-Passes aufgenommen.

Neu ist auch die mögliche Förderung der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis 18 Jahren an Bildungs- und erlebnispädagogischen Maßnahmen, internationalen Jugendbegegnungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe.

Beantragen kann man den Dresden-Pass in den Bürgerbüros der Ortsämter, hier wird auch Auskunft über den Gesamtleistungsumfang des Dresden-Passes gegeben. Die Bewilligung

und Prüfung der Ansprüche erfolgt in den zuständigen Sozialämtern.

Das Existenzminimum liegt bei 344,52 Euro. Und so setzt sich die Hilfe zusammen:

- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren: 127,31 Euro
- Bekleidung, Schuhe: 34,24 €
- Energie, Wohnungsinstandhaltung (außer Heizung): 25,79 €
- Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände: 24,64 €
- Gesundheitspflege: 12,67 €
- Verkehr: 15,43 €
- Nachrichtenübermittlung: 30,25 €
- Freizeit, Unterhaltung, Kultur: 39,25 €
- Beherbergungs- und Gaststättenleistungen: 8,17 €
- andere Waren und Dienstleistungen: 26,77 €

Weitere Informationen zum Thema mit Möglichkeiten zum Download der kompletten Richtlinie, wie auch des Antragsformulars, finden Sie im Internet unter <http://www.dresden.de/index.html?node=1815>

Konsequenz bei der Konsolidierung

Gedanken zur geplanten Erhöhung der Eintrittsgelder für die Dresdner Freibäder, die am 28. April abgewendet werden konnte

Gebührenerhöhungen fallen keinem leicht. Der Beitrag, den der Eigenbetrieb Sportstätten und Bäder zur Haushaltskonsolidierung 2006 zu leisten hat, wurde im Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen. Es geht dabei um 88 000 Euro, die der Eigenbetrieb im Haushalt 2006 einzusparen hat. Wenn es jetzt aber um die praktische Umsetzung geht, ist der Aufschrei groß. Das hätte man aber bei den Haushalts-Debatten bedenken müssen. Es ist mir unbegreiflich, wie einige Stadträte auf der einen Seite den WOBA-Verkauf vehement ablehnten und jetzt gegen eine Erhöhung der Eintrittsgelder für die Dresdner Bäder sind, die nach der Energiepreiserhöhung dringend erforderlich geworden ist. Ich kenne keinen Beschluss, auf alle zukünftigen Gebührenerhöhun-

gen nach dem WOBA-Verkauf zu verzichten. Im konkreten Fall würde das bedeuten, dass der Eigenbetrieb von den zu erbringenden 88 000 Euro erst einmal befreit werden müsste.

Natürlich kann sich jeder von uns hier hinstellen und sagen, ich bin gegen die Erhöhung – das bin ich auch – aber wo ist dann der Kostendeckungsvorschlag? Wollen wir in der Konsequenz noch mehr Bäder aus Kostengründen schließen?

Statt einer Schließung ist mir persönlich eine moderate Preiserhöhung, die aber den Erhalt des Bades ermöglicht, allemal lieber.

Zur geforderten Beteiligung der Ortbeiräte bzw. Ortschaftsräte: Das ist ein Argument, dass ich sehr wohl unterstützen kann. Ich weiß allerdings nicht, wie es bei der CDU gehandhabt wird, aber wir bekommen die Tagesordnung aller Ausschüsse gewöhnlich etwa fünf Tage vor der Sportausschusssitzung. Jeder Stadtrat hat also heute vor fast drei Wochen über die

geplanten Erhöhungen Bescheid gewusst, bzw. Bescheid wissen können. Aber weder im Sportausschuss noch bei Finanzen und Liegenschaften wurde ein entsprechender Antrag gestellt. Es bestand genug Zeit, um auf die Preissteigerungspläne vorab und konstruktiv – und nicht erst in der Presse nach der Ausschusssitzung mit Bestürzung – darauf zu reagieren.

Sabine Friedel schreibt zu ihren politischen Zielen auf ihrer Homepage: „Der SR muss über den Tellerrand der einzelnen Fachbereiche schauen ... damit viele Einzelentscheidungen ein zusammenhängendes Ganzes bilden“. Im Redebeitrag vom 10. März 2006 hat Wilm Heinrich sehr wohl gesagt „Schulden sind ab jetzt verboten“. Gebühren erhöhen sagten Sie nicht. Es gibt nach meiner Erkenntnis auch keinen Antrag von der SPD oder der PDS, den Eigenbetrieb von dem Konsolidierungsbetrag zu befreien ...

Im Interview: Ralf Tostmann

Herr Ralf Tostmann ist seit Februar 1992 bei der Landeshauptstadt Dresden tätig. Er ist 43 Jahre alt, verheiratet, und hat einen Sohn. Zuerst im Rechtsamt beschäftigt, hat er seit Juni 2001 die Position des Leiters der Abteilung Stadtratsangelegenheiten inne.



Die Abteilung Stadtratsangelegenheiten hat 15 Beschäftigte. Sie ist zuständig für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung sämtlicher Stadtrats-, Ausschuss- und Beiratssitzungen sowie für die Sitzungen des Verwaltungsvorstandes. Zu der Tätigkeit gehört die Einladung sämtlicher Mitglieder der Gremien, die Erstellung der Niederschriften sowie die Kontrolle der Ausführung der gefassten Beschlüsse. Auch sämtliche Anfragen der Mitglieder des Stadtrates an den Oberbürgermeister werden über die Abteilung Stadtratsangelegenheiten gestellt und die Beantwortung überwacht.

Sehr geehrter Herr Tostmann, nicht nur aufgrund des Wechsels von Dr. Albrecht Leonhardt von der SPD- in die Bürgerfraktion, fragen sich viele Dresdner Bürger, wie dies gehen kann. Warum kann ein Stadtrat von einer Parteifraktion – für deren Partei er ja schließlich gewählt wurde – einfach in eine andere Fraktion wechseln?

Bei Stadtratswahlen – wie der letzten Wahl am 13. Juni 2004 – sind Parteien und Wählervereinigungen

vorschlagsberechtigt, das heißt, sie können Listen mit mehreren Kandidaten für jeden Wahlkreis einreichen. Dies heißt aber noch nicht, dass die vorgeschlagenen Kandidaten auch einer Partei oder Wählervereinigung angehören oder für die gesamte Wahlperiode in der Partei oder Wählervereinigung verbleiben müssen.

Dass heißt also, dass selbst wenn Parteien auf dem Stimmzettel stehen, man immer die ganz bestimmte Person wählt?

Richtig! Gerade die Stadtwahlen sind auf die Wahl von Personen angelegt. Dies sieht man

schon daran, dass jeder Wahlberechtigte drei Stimmen hat, die er auch ganz bestimmten Personen auf Listen verschiedener Parteien und Wählervereinigungen zukommen lassen kann.

Wenn die SPD Herrn Leonhardt jetzt aus der Partei ausschließen will, hätte das Konsequenzen für seine Arbeit als Stadtrat?

Nein! Wer einmal als Stadtrat gewählt worden ist, bleibt dies die gesamte Wahlperiode lang. Der Wechsel von Partei- oder Vereinsangehörigkeiten spielt für das Mandat keine Rolle. Diese sind der Abteilung Stadtratsangelegenheiten in der Regel auch gar nicht bekannt. Es wird bei den Mitgliedern des Stadtrates nicht abgefragt, in welchen Parteien oder (Wähler-)Vereinigungen sie Mitglied sind, entscheidend für uns ist nur, dass sie in den Stadtrat gewählt worden sind.

Aber nehmen wir den Fall Werner Klawun. Er ist für die Volkssolidarität zur Wahl angetreten und macht jetzt beim Nationalen Bündnis mit – das ist ja ungefähr so, als ob sich Oscar Lafontaine

der CSU anschließen würde. Ist das nicht eigentlich Betrug am Wähler?

Das ist keine Frage, die in meinem Zuständigkeitsbereich beantwortet werden kann. Wir prüfen nur die rechtlichen Voraussetzungen einer Mitgliedschaft im Stadtrat. Die politische und moralische Bewertung müssen die Parteien, die Wählervereinigungen und letztlich die Wähler vornehmen ...

Halten wir fest: Eine Parteienwahl findet zur Kommunalwahl nicht statt, sondern immer eine Personenwahl. Wieso treten denn dann eigentlich Parteien an?

Die Teilnahme an einer Kommunalwahl ist natürlich auch für die Kandidaten ein organisatorischer, zeitlicher und finanzieller Kraftakt. Der Zusammenschluss in einer Partei oder Wählervereinigung oder der Beitritt zu einer bestehenden bündelt natürlich Kräfte und lässt auf Erfahrungen aus vergangenen Wahlen zurückgreifen.

Der Streit um den Neubau des Rudolf-Harbig-Stadions hat doch aber offenbart, dass Parteiapparate mitunter die Arbeit des Stadtrats für Dresden stören. Ganz konkret: Obwohl einige CDU-Stadträte den Neubau befürwortet haben, wurde dann doch nach Parteidisziplin abgestimmt. Ist denn angesichts solcher Beispiele Parteidisziplin für die jeweilige Kommune nicht eher kontraproduktiv?

Die Hintergründe für das Abstimmungsverhalten im Stadtrat werden von der Abteilung Stadtratsangelegenheiten nicht erforscht. Nach § 35 Absatz 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen üben die Mitglieder des Stadtrates ihr Mandat nach dem Gesetz und ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung aus. Die letzte Entscheidung hat damit immer die einzelne Stadträtin bzw. der einzelne Stadtrat.

Herr Tostmann, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte
Andreas Rönsch, Geschäftsführer Bürgerfraktion

Unsere Meinung zur Staatsoperette Dresden

Die Staatsoperette Dresden ist derzeit in einem sanierungsbedürftigen Haus in Leuben untergebracht. Zur Zukunft der Operette werden verschiedene Möglichkeiten diskutiert: So steht die Sanierung des Hauses in Leuben, ein Neubau am Wiener Platz oder die komplette Schließung der Operette zur Debatte. Immer wieder taucht die traditionsreiche Spielstätte in den Schlagzeilen auf, wenn es um Einsparpotenziale geht, obwohl dieses Haus mit 85 Prozent Auslastung zu den bestbesuchten Theatern in Deutschland gehört und auf eine treue Besucherschaft bauen kann. Für die Bürgerfraktion kommt daher eine Schließung nicht in Frage. Wir setzen uns seit langer Zeit für den Neubau am Wiener Platz ein.

Dresden braucht die Operette. Denn die Dresdnerinnen und Dresdner besuchen die Operette gern, nicht nur „JESUS CHRIST SUPERSTAR“ ist seit Monaten ausverkauft, der Spielplan beinhaltet nicht verstaubtes olles Tingeltangel, sondern hält auch ein attraktives Angebot für ein jüngeres Publikum bereit.

Bei dem Erhalt der Operette geht es nicht – wie von einigen behauptet – um die Bevorzugung der Operetten-Mitarbeiter. Die Mitarbeiter arbeiten seit Langem unter zum Teil katastrophalen Bedingungen und sind bereit, zehn Jahre auf jede Gehaltserhöhung zu verzichten. So bieten sie an, zehn Jahre auf jede Gehaltserhöhung zu verzichten.



Baugrube am Wiener Platz (MK5)

Wenn einige im Stadtrat durch aufgeschobene Entscheidungen sich selbst handlungsunfähig machen, sollten sie lieber gleich offen und ehrlich sagen: „Wir wollen keine Operette, nicht in Leuben und nicht am Wiener Platz.“ Wir als Bürgerfraktion unterstützen jeden noch so

kleinen Schritt zum Neubau der Operette am Wiener Platz.

Daher finde ich, dass die neue Vorlage gründlich geprüft und zügig eine Entscheidung getroffen werden sollte.

Stadtrat Jan Kaboth



Neuer Geschäftsführer der Bürgerfraktion

Als Geschäftsführer der Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat trat am 15. April 2006 Andreas Rönsch seine neue Tätigkeit an. Der 28jährige wurde in der Oberlausitz geboren. Nach seinem Studium der Politikwissenschaften, Philosophie und Kommunikationswissenschaften in Leipzig zog er nach Chemnitz

und arbeitet seit 2004 in Dresden. Herr Rönsch ist verheiratet und hat einen Sohn.

Für Rückfragen steht er Ihnen gern zur Verfügung.

Die Bürgerfraktion erreichen Sie im Dresdner Rathaus zu folgenden Sprechzeiten: dienstags 10:00–12:00 Uhr und mittwochs 15:00–18:00 Uhr.

Ausschüsse

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit

Wie der Name schon andeutet, begleitet der Ausschuss die Geschäftsbereiche Allgemeine Verwaltung (GB1) und Ordnung und Sicherheit (GB3). Er ist zuständig für Fragen des Personals, der Geschäftsordnung, der Schulverwaltung, für Organisation und Abläufe sowie für Fragen von Ordnung und Sicherheit. Der Vertreter der Bürgerfraktion im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit ist Stadtrat Christoph Hille.

Unsere Ziele:

Allgemeine Verwaltung

Die Bürgerfraktion unterstützt die Stadtverwaltung bei Ihren Bemühun-

gen nach mehr Bürgernähe und Effizienzsteigerung. Dabei darf es nicht nur um Stellenreduzierungen gehen, – sondern im Vordergrund steht auch die Steigerung der Fachkompetenz der Mitarbeiter im Vordergrund.

Schulverwaltung

Der Erhalt möglichst vieler Schulen im Stadtgebiet liegt uns am Herzen. Angesichts sinkender Schülerzahlen muss dafür ständig nach neuen Wegen gesucht werden. Wir unterstützen daher die Schulen in der Entwicklung eigenständiger Profile und begleiten kritisch das Modell der „Alternierenden Klassenaussetzungen“, sodass trotz sinkender Schülerzahlen keine Schulen geschlossen werden müssen.

Ordnung und Sicherheit

Alle Dresdner Bürger und Besucher sollen sich in ihrer Heimatstadt Dresden wohlfühlen. Dazu gehört vor allem, dass sie frei von Angst vor Kriminalität leben können. Wir setzen auf nachhaltige Prävention: Neben der punktuellen Stärkung lokaler Polizeipräsenz machen wir uns für die Schaffung geeigneter Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche stark – so ist es uns vor allem ein Anliegen, die Jugendkriminalität durch die Schaffung geeigneter Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu senken.

Die Ballsaison hat begonnen

*Nun rollt die braune Lederkugel wieder,
und ihr vom Schicksal inspirierter Lauf
drückt an der Saale die Gemüter nieder*

*und richtet an der Pleiße welche auf.
Und während in Berlin die Korken knallen,
weil FC Vorwärts eins zu null gewann,
sieht man ganz Magdeburg die Fäuste ballen,
denn Abstieg fängt beim Unentschieden an.*

*Was Urlaubswochen nur begrenzt bewirken,
erreicht der Lederball im Handumdrehn:
Die Arbeitslust wächst sprunghaft in Bezirken,
wo Clubs an der Tabellenspitze stehn.*

*Doch auch von Unglücksrabben ist zu sagen,
daß sie ein null zu zehn nicht träge macht,
weil Kummer über Fußballniederlagen
geballte schöpferische Wut entfacht.*

*So wäre König Fußball denn zu preisen
Als Sämann produktiver Energien,
und es ist angebracht mit einem leisen
„Hipp, hipp, hurra!“ vor ihm den Hut zu ziehn.*

Hans-Georg Stengel

Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen

Der Ausschuss für Krankenhäuser und Kindertagesstätten ist ein sog. Betriebsausschuss, das heißt, er ist für die Eigenbetriebe „Krankenhäuser“ und „Kindertageseinrichtungen“ zuständig. Vertreter der Bürgerfraktion in diesem Ausschuss ist Stadträtin Anita Köhler.

Krankenhäuser

Die städtischen Krankenhäuser Friedrichstadt und Neustadt sind wichtige Bestandteile der Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Sie werden als städtische Eigenbetriebe geführt. Durch Investitionen von mehr als 150 Millionen Euro in den letzten Jahren sind diese technisch und personell gut ausgestattet. Diesen Standard auch in Zukunft zu halten und die Bedeutung unserer Krankenhäuser auch über die

Region hinaus weiter zu steigern, ist Anliegen der Bürgerfraktion.

Kindertagesstätten

Die Bürgerfraktion wünscht sich für die Dresdner ein bedarfsgerechtes, vielfältiges und flächendeckendes Angebot an Kindertagesplätzen. Auch unter Beachtung der notwendigen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wir hier großes Potenzial. Kurzfristig wollen wir eine Verbesserung der Bausubstanz erreichen. Durch die Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel im Vermögenshaushalt setzen wir uns für die schnellere Sanierung der bestehenden Einrichtungen ein.

Herausgeber

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Zimmer 211
www.buergerfraktion-dresden.de

Telefon (03 51) 4 88 23 83
Telefax (03 51) 4 88 23 84
buergerfraktion@dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion (V.S.d.P.)

Christoph Hille
Pressesprecher
Fotos: Internet, Köhler, Hille